

Pressemitteilung

6. November 2014

Gute Kinderbetreuung fehlt

Eltern bemängeln Menge und Qualität öffentlicher Betreuungseinrichtungen

Berlin – 37 Prozent der Eltern junger Kinder sind mit der Qualität öffentlicher Betreuungseinrichtungen für Vorschulkinder unzufrieden. In der Gruppe der 30- bis 39-Jährigen äußert sich sogar fast die Hälfte (47 Prozent) kritisch. Zudem gibt es offenbar nach wie vor zu wenig Betreuungsmöglichkeiten. 48 Prozent der 30 bis 39 Jahre alten Eltern sind mit der Angebotsmenge nicht zufrieden. Das ergibt die repräsentative Befragung von Eltern mit Kindern unter 14 Jahren durch das Meinungsforschungsinstitut **TNS-Emnid** im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**, anlässlich des heute in Berlin stattfindenden Kita-Gipfels der Familienminister von Bund und Ländern.

„Die Bundesregierung hat zu lange die Bedürfnisse der jungen Generation vernachlässigt. Eltern von kleinen Kindern brauchen genug und vor allem ausreichend gute Betreuungsmöglichkeiten. Das ist nicht nur ein Gebot der Chancengerechtigkeit, sondern auch ein zentraler Bestandteil der Fachkräftesicherung. Nur Mütter, die ihre Kinder gut versorgt wissen, können Beruf und Familie erfolgreich miteinander vereinbaren“, so **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM.

Welche Maßnahmen nötig wären, um den Ausbau der Kindertagesbetreuung in puncto Qualität zu verbessern, haben die Wissenschaftler **Prof. Dr. Henrik Egbert** und **Dr. Andreas Hildenbrand** analysiert. Sie sehen unter anderem Probleme in der vorherrschenden objektbezogenen Finanzierung, in der oligopolartigen Stellung der Anbieter und der mangelnden Qualifikation des Personals. **Egbert**: "Im internationalen Vergleich fällt auf, dass in Deutschland die Beschäftigten in der Kindertagesbetreuung sehr selten über einen einschlägig qualifizierenden Hochschulabschluss verfügen.“ Er bemängelt auch die relativ geringe Zahl an Trägern. Sie beschränke die Angebotsvielfalt und damit auch die Wahlmöglichkeiten der Eltern.

Das Fazit der Wissenschaftler: "Freie gewerbliche Anbieter sollten nicht diskriminiert werden, die Angebotsvielfalt sollte als Chance für Qualitätsverbesserungen erkannt werden, monetäre Anreize auf Arbeitsmärkten sollten geschaffen werden und der Bund sollte die Kommunen weiterhin entlasten. Der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung knüpft lediglich an der Entlastung an. Insgesamt greift er derzeit noch zu kurz."

Die vollständigen Ergebnisse der Umfrage, druckfähige Grafiken sowie das Paper von Egbert/Hildenbrand finden Sie unter www.insm.de/presse

Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de